



Foto: argus/Schwarzbach

Die Zeit drängt

Klimawandel: Die Prognosen dessen, was uns erwartet, werden immer genauer und immer gruseliger. Die Realität überholt die pessimistischsten Szenarien: die Gletscher schmelzen schneller, Hitzewellen und Feuersbrünste suchen Kalifornien und Australien heim, Wirbelstürme fegen über China, die Philippinen oder die Karibik und hinterlassen ein Bild der Verwüstung. In Kenia und Tansania herrscht in Folge mehrjähriger Dürren eine Hungersnot und die Permafrostböden tauen und setzen dabei massiv das besonders klimaschädliche Methan frei, so viel, dass aus Sibirien berichtet wird, dass Leute mit den Absätzen ein Loch in den Boden treten und sofort eine Stichflamme entsteht, wenn sie ein Feuerzeug darüber halten.

Wissenschaft und Klimapolitik sind sich einig, dass nur wenige Jahre bleiben, um das Schlimmste zu verhindern. Was konkret heißt, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Das kann nur gelingen, wenn die globalen klimarelevanten Emissionen statt zu steigen ab 2015, spätestens jedoch 2020 weltweit sinken, 2050 dürften nur allerhöchstens noch halb so viele Klimagase ausgestoßen werden wie 1990 – Reduktionen von bis zu 85 % sind nötig. Weltweit wohlgemerkt! Für Industrieländer bedeutet das, dass die Emissionen bis 2050 um mehr als 80 % sinken müssen, eher um 95 %. Wir brauchen eine komplette „Dekarbonisierung“ unserer Gesellschaft – was einen massiven Umbau erfordert: unter anderem keine neuen Kohlekraftwerke, stattdessen massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, komplett andere Verkehrssysteme und Mobilität, anderes Wirtschaften und Wohnen. Große Veränderungen, die auf massive Widerstände der Betroffenen und ihrer Lobbies treffen, von den großen Energieversorgern, über energieintensive Wirtschaftszweige bis zu Auto- und Flugzeugbauern.

Die Industrieländer ringen miteinander um ihre Pfründe. Zwischen Industrieländern auf der einen Seite und Entwicklungs- und Schwellenländern auf der anderen Seite stellen sich Fragen der Gerechtigkeit: Entwicklungsländer verweisen zu Recht auf die historische Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel und sehen diese in der Bringschuld. Große Schwellenländer wie China und Indien tun zwar bereits einiges um die Emissionen in ihren Ländern zu begrenzen: China hat z.B. strenge Effizienzstandards für Autos und ambitionierte Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie wollen aber erst Aktivitäten des Nordens sehen, bevor sie bereit sind, sich international zu verpflichten ihre Klimagase weiter zu reduzieren. Denn sie brauchen für ihr enormes Wirtschaftswachstum Energie, die sie bevorzugt aus Kohle gewinnen. Da jedoch zum Beispiel China den

USA den Platz als größter Treibhausgasproduzent streitig macht, weisen Forscher und Industrieländer darauf hin, dass ohne Reduktionsziele in den Schwellenländern das Zwei-Grad-Ziel kaum erreichbar ist.

Diese komplizierte Lage führt wohl mit dazu, dass die Geschwindigkeit der Klimaverhandlungen umgekehrt proportional zur Dringlichkeit des Problems ist. Im Dezember in Kopenhagen geht es darum, ein neues globales Klimaabkommen zu verhandeln, denn das jetzt gültige Kyoto-Protokoll legt nur bis 2012 Reduktionsziele fest. Würden sich die Teilnehmerländer im Dezember einigen, hätten sie drei Jahre für die Ratifizierung zuhause, was schon extrem knapp wäre. Das fertig verhandelte Kyoto-Protokoll brauchte nämlich von 2001 bis 2004 vier Jahre bis es hinreichend ratifiziert war, um in Kraft zu treten. Wahrscheinlicher ist daher, dass es in Kopenhagen nur zu einem Entwurf kommen wird, der dann noch lange nachverhandelt und ratifiziert werden muss.

Die Streitpunkte

Inhaltlich geht es in Kopenhagen um Ziele und Geld. Ziele: wie viel Prozent CO₂-Reduzierung ab welchem Ausgangsjahr und bis wann. Geld: Da der Klimawandel mit seinen katastrophalen Auswirkungen bereits Realität ist und vor allem arme Länder betrifft, geht es um Gelder für Anpassung an den Klimawandel, etwa für Deiche gegen Überschwemmungen, allgemeine Katastrophenvorsorge und Ernährungssicherung. Ebenso geht es um die Frage, ob und welche Ausgleichszahlungen Industrieländer den Schwellenländern dafür leisten, dass diese Klimagase reduzieren, obwohl sie historisch und pro Kopf weniger für den Klimawandel verantwortlich sind als Industrieländer. Ob es im Dezember zu einer Einigung über das komplizierteste völkerrechtliche Abkommen aller Zeiten kommen wird, ist trotz Vorbereitungskonferenzen in Bonn, Bangkok und Barcelona fraglich. Denn nationale Interessen sind sehr groß und kein Staat will zu früh zu viel zugestehen.

Überschwemmung im Kongo. Wer zahlt für die Folgen des Klimawandels?

Das große Spiel um die Rettung der Welt

Positionen einiger Akteure

Die Wahl Obamas letzten November begrüßten KlimaschützerInnen weltweit mit großer Erleichterung. Die Hoffnung wuchs, dass die **USA**, die das Kyoto-Protokoll bisher nicht ratifiziert haben, einem neuen Klimaabkommen beitreten werden. Tatsächlich versprach der Präsident eine neue Ära des Klimaschutzes. Ein Gesetz zur Senkung des CO₂-Ausstoßes steckt jedoch im Senat fest. Der innenpolitische Kampf um die Gesundheitspolitik gefährdet seine Unterzeichnung noch in diesem Jahr. Im September verlangte Obama beim Gipfeltreffen der UNO von den Schwellenländern, ebenfalls Verantwortung zu übernehmen und enttäuschte UmweltschützerInnen durch seine vagen Aussagen. Im jetzigen Gesetzesentwurf geht es bestenfalls nur um eine dreiprozentige Reduktion der Treibhausgase im Vergleich zu 1990.

Japans neue Regierung ist erstmals bereit, ein Reduktionsziel von 25 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990) zu setzen.

Ebenfalls beim UNO-Gipfeltreffen setzte **China** ein Signal mit der Ankündigung, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase „spürbar“ unter die Werte von 2005 senken zu wollen. Bisher hatte Peking sich zwar nationale Ziele gesetzt, aber international Festlegungen dieser Art vermieden.

Indien als großes Schwellenland hat einen hohen CO₂-Ausstoß. Mit einer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen liegen seine jährlichen Pro-Kopf-Emissionen jedoch bei unter einer Tonne CO₂ (Deutschland elf Tonnen pro Kopf). Indien pocht deswegen in den Verhandlungen auf die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten für den Klimawandel.

Soziale Bewegungen, zum Teil organisiert als Climate Justice Action, sehen die Verhandlungen viel kritischer. Sie vertreten die Meinung, dass ein schlechtes System nicht repariert werden kann. Zum schlechten System gehört der Emissionshandel, der einem Ablasshandel gleichkommt, die nötigen radikalen Änderungen verhindert und die wirklich wichtigen Fragen nicht stellt: Wie fangen wir an, fossile Ressourcen im Boden zu lassen? Wie könnte ein globales Regime der Ernährungssouveränität aussehen? Wie brechen wir die Macht der Energiekonzerne? Sie planen den Widerstand nach Kopenhagen zu bringen.

Foto: argus/Frischmuth

Die **EU** ist eine 27-köpfige Hydra mit entsprechend großen Problemen, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Fest steht, dass die EU-Kommission versprochen hat, ihre CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 30 Prozent zu senken, wenn es in Kopenhagen zu einer Einigung kommt. Im September hat die EU-Kommission zudem erste Finanzierungsvorschläge für Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaerwärmung in den Entwicklungsländern vorgelegt. Die EU will sich dort mit 2 bis 15 Mrd. Euro an den Klimaschutzmaßnahmen beteiligen. Kritisiert wird von Entwicklungsorganisationen, dass selbst 15 Mrd. bei weitem nicht das sind, was gebraucht wird und die Entwicklungsländer die Abfederung der Klimaschäden damit großenteils selbst bezahlen sollen. In „gemeinsame Visionen“-Sitzungen in Bangkok unterstützte die EU immerhin das Ziel, die Emissionen bis 2050 weltweit zu halbieren, wobei die Industrieländer ihre Emissionen um 80 bis 95 Prozent reduzieren müssten. Etwas vager formuliert haben dies im Juli auch die G8 akzeptiert.

Die **Industrie** mahnt, es dürfe nicht zu Lösungen kommen, welche die Industrie unverhältnismäßig stark belasten, sagt etwa der BDI. Die Industrie sei nur bereit, zum Klimaschutz beizutragen, wenn die EU auf weltweit vergleichbare Regeln dränge. Die deutsche und europäische Industrie will ihre Emissionszertifikate geschenkt haben, statt sie zu ersteigern, solange nicht außerhalb der EU die Zertifikate auch versteigert werden. Die Atomindustrie will Trittbrettfahren und hofft, dass Atomenergie in einem Kyoto-Folgeabkommen bei den flexiblen Mechanismen zur CO₂-Reduktion anerkannt wird. Dies brächte Prestige und neue Subventionsmöglichkeiten.

Die **Allianz der kleinen Inselstaaten**, wozu etwa Tonga und Tuvalu aber auch Haiti und Jamaica gehören, tritt als eigene Gruppe auf. Da Temperatur- und folgender Wasserspiegelanstieg für sie lebensbedrohlich sind, fordern sie bis 2050 einen globalen Treibhausgasrückgang um 85 Prozent und eine Begrenzung des Klimawandels auf unter 1,5 Grad Celsius.

Bei den **G77**, der Entwicklungsländer-Gruppe, spielen Ölstaaten wie Saudi-Arabien, Algerien und der Sudan eine dominante Rolle. Sie wollen ambitionierten Klimaschutz verhindern, da sie dabei Nachteile für ihre Öl-Förderung fürchten. Müssen sie aus Klimaschutzgründen ihre Öl-Produktion drosseln, wollen sie sich Kompensationen sichern.

Viele **Entwicklungs- und Umweltorganisationen** verfolgen die Klimaverhandlungen von nah oder fern. Die großen und die Organisationen mit Klimaschwerpunkt begleiten alle Verhandlungen, versuchen Regierungen dahin zu bringen, sich zu bewegen und machen konkrete Vorschläge für Vertragstexte („Kopenhagen Abkommen“, vorgelegt im Juni bei den Bonner Verhandlungen) und Finanzierungsmechanismen, damit Kopenhagen doch noch ein Ergebnis bringt. Um den dafür nötigen Druck zu schaffen, rufen sie am 12. Dezember in Kopenhagen zu einer Demonstration auf.

*Regine Richter, Biologin,
regine@urgewald.de*